3.

Sind gleiche Grundsätze des internationalen Strafrechts für die europäischen Staaten anzustreben? und eventuell welche?

Gutachten, im Auftrage der ständigen Deputation des deutschen Juristentages erstattet von Professor v. Liszt.

Einleitung.

Die „Reformation des internationalen Strafrechts“ bildet eine der brennendsten unter den juristisch wie politisch bedeutsamen Fragen der Gegenwart. Angeregt durch welthistorische Ereignisse und Bestrebungen von weittragendster Bedeutung hat die hohe Diplomatie eine bisher allerdings wenig erfolgreiche Aktion eingeleitet, um die Mängel des geltenden internationalen Strafrechts zu beseitigen, seine Lücken zu ergänzen, seine Widersprüche aufzuhellen; willig, aber nicht weniger als zielbewußt, haben die Volksvertretungen, insbesondere in Deutschland und Italien, sich den Bemühungen ihrer Regierungen angeschlossen; unverdroßten sind die Vertreter der juristischen Wissenschaft in zahlreichen Versammlungen und zahlreicheren Schriften bestrebt gewesen, der Reformbewegung Inhalt und Ziel zu geben, ohne aber bisher über andere als untergeordnete Punkte zu einer communis opinio zu gelangen.

Unter den wissenschaftlichen Bestrebungen verdienen die Thesen, welche das Institut de droit international auf seiner Versammlung zu Oxford vom 6. bis 10. September 1880 gefaßt hat¹⁾, die eingehendste Beachtung, sowohl wegen der Zahl und der wissenschaftlichen Bedeutung derjenigen Männer, welche als Mitglieder des Instituts sich an der Beratung und Abstimmung beteiligt haben, als auch darum, weil die spätere Litteratur, so insbesondere die bedeuten-

¹⁾ Abgedruckt in dem Organe des Instituts, der Revue de droit international et de législation comparée. Tome XIII. p. 75.

den Schriften von v. Holkendorff¹⁾ und Brusa²⁾ in ihren zustimmenden wie abweichenden Ausführungen an die Oxforder Beschlüsse anknüpfen. Ich habe es daher für angezeigt erachtet, die Thesen des Instituts in der v. Holkendorff'schen Übersetzung als Anhang zu meinem Gutachten zum Abdruck zu bringen.

In denselben Tagen, in welchen die Mitglieder des Instituts zu Oxford tagten, war der 15. deutsche Juristentag zu Leipzig zusammengetreten. Auf der Tagesordnung der Sitzung der vereinigten 3. und 4. Abteilung vom 9. September 1880 stand die Beratung der Frage, deren Lösung die Aufgabe des vorliegenden Gutachtens bildet. Aber da keinerlei Vorarbeiten vorlagen, mußte die Vertagung der Beratung beschloffen werden.³⁾ So ist es gekommen, daß das berufene Organ des deutschen Juristenstandes, ohne durch ein voreiliges Votum gebunden zu sein, unbefangen unserer Frage gegenübersteht.

Und das ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Die bisherigen Versuche einer Lösung sind gescheitert. Sie mußten scheitern an dem Auseinandergehen der Meinungen. Es wäre nun allerdings vermessene Thorheit, zu erwarten, daß die Meinungsverschiedenheit in allernächster Zukunft schwinden werde. Aber Eines kann heute schon angestrebt und wohl auch erreicht werden: eine präzise Fragestellung.

In dem Fehlen derselben sehe ich den Hauptgrund für die Erfolglosigkeit der bisherigen Reformbestrebungen. Nicht immer ist das Fragen leichter als das Antworten; gerade auf wissenschaftlichem Gebiete gilt häufig das umgekehrte und in nicht seltenen Fällen liegt in der richtigen Frage auch schon die halbe Antwort. Täusche ich mich nicht, so gilt das auch von unserem Thema. Die richtige Fragestellung anzubahnen, bildet daher die Hauptaufgabe meines Gutachtens; eine erschöpfende Besprechung der Detailfragen dagegen scheint mir hier nicht am Platze zu sein.

¹⁾ v. Holkendorff: Die Auslieferung der Verbrecher und das Asylrecht. Berlin 1881. 71 S. Aus der Sammlung gemeinverständlicher wissenschaftl. Vorträge (Zeitschrift für die ges. Strafrechtsw. I S. 349).

²⁾ Brusa: Del delitto politico in rapporto con la estradizione. Im Archivio di scienze giuridiche e sociali. Diretto da C. F. Ferraris. Vol. II. p. 87—141 (Zeitschrift I S. 611).

³⁾ Verhandlungen II. S. 286 u. 359 (Referent v. Liszt).

Die Fragestellung.

Die erste Vorbedingung, um zu einer richtigen Fragestellung zu gelangen, ist Klarheit über die wesentlich verschiedenen Begriffe, welche mit dem Ausdruck „internationales Strafrecht“ umfaßt zu werden pflegen.

Internationales Strafrecht bedeutet:

1. Die Rechtsätze, durch welche das Geltungsgebiet des heimischen Strafrechts den ausländischen Strafrechten gegenüber bestimmt wird; jene Rechtsätze also, welche sagen, ob nur die im Inlande begangenen, oder auch die von Inländern im Auslande begangenen, oder endlich auch die von Ausländern im Auslande begangenen strafbaren Handlungen der Beurteilung nach heimischem Rechte unterliegen. Jene Rechtsätze aber sind nationaler, nicht internationaler, Natur; sie sind von der nationalen Gesetzgebung aufgestellt und binden nur diese. Es ist logisch und juristisch inkorrekt, von einem „deutschen internationalen“ Strafrechte zu sprechen. Aber die Bezeichnung hat sich nun einmal eingebürgert und muß daher berücksichtigt werden. Fassen wir das Wort „internationales Strafrecht“ in diesem Sinne, so lautet die gestellte Frage präzise gefaßt:

Ist es anzustreben, daß die verschiedenen (europäischen¹⁾ Staaten das Geltungsgebiet ihres nationalen Strafrechtes den ausländischen Strafrechten gegenüber nach denselben Grundsätzen bestimmen? und welches sind diese Grundsätze?

2. Internationales Strafrecht bedeutet aber weiter:

Die Rechtsätze, durch welche die Gewährung der internationalen Rechtshilfe auf strafrechtlichem Gebiete bestimmt wird.

Also Straf-Rechtshilfe, geleistet von Staat zu Staat, sei es entweder zum Zwecke der Feststellung streitiger strafrechtlicher Ansprüche durch Unterstützung der Untersuchung, z. B. durch Einwendung von Beweismitteln, Vernehmung von Zeugen u. s. w., oder sei es zum Zwecke der Verwirklichung rechtskräftig festgestellter strafrechtlicher Ansprüche durch Vollstreckung des Urteils oder durch Mitwirkung zu seiner Vollstreckung. Es ist klar, daß die

¹⁾ Ich darf wohl im folgenden die Beschränkung auf die „europäischen“ Staaten fallen lassen.

Auslieferung des Verbrechers das eine wie das andere sein kann, je nachdem sie vor oder nach Rechtskraft des verurteilenden Erkenntnisses erfolgt. Schon diese Doppelnatur der Auslieferung erklärt uns ihre hervorragende Stellung innerhalb der mannigfaltigen Akte der Straf-Rechtshilfe. Es kommt ein weiterer Umstand hinzu. Auf zivilrechtlichen Gebiete leisten wir Rechtshilfe dem rechtskräftigen Urteile gegenüber, indem wir es einfach vollstrecken. Anders, wenn wir von den Vermögensstrafen absehen, auf strafrechtlichem Gebiete. Wenn der in Frankreich zu Lebens- oder Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilte Verbrecher nach Deutschland flüchtet, so wird er in Deutschland nicht etwa hingerichtet oder ins Zuchthaus gesperrt, sondern an Frankreich ausgeliefert. Es ist ein feststehender Grundsatz des modernen Strafrechts, daß ausländische Strafurteile im Inlande nicht vollzogen werden. Auf eine Rechtfertigung oder Kritik dieses Grundsatzes kann ich hier nicht eingehen. Aber der Hinweis auf ihn mag dazu dienen, um die hervorragende Stellung der Auslieferung innerhalb der mannigfaltigen Akte der Straf-Rechtshilfe vollends zu erklären. So kommt es, daß Wissenschaft und Gesetzgebung fast nur mit der Auslieferung sich beschäftigen und der übrigen Akte der Straf-Rechtshilfe nur ganz ausnahmsweise erwähnen. Es mag auch mir gestattet sein, im folgenden mein Hauptaugenmerk auf die Auslieferung zu richten.

Bei dieser Auffassung des „internationalen Strafrechts“ gewinnt unsere Frage folgende Gestalt:

Sind gleiche Grundsätze für die Gewährung der internationalen Straf-Rechtshilfe (Auslieferung) zwischen den verschiedenen Staaten anzustreben? und welche?

Wir setzen dabei voraus (und diese Ansicht kann heute als eine allgemein anerkannte betrachtet werden), daß eine Regelung überhaupt wünschenswert, die tatsächliche Gewährung der Rechtshilfe im Einzelfalle unzureichend sei.

3. Internationales Strafrecht kann aber endlich bedeuten (und gerade das Hereinziehen dieser dritten Bedeutung hat manche Verwirrung verschuldet):

Die durch internationale Vereinbarung geschaffenen Rechtsätze zum Zwecke des Schutzes gewisser Rechtsgüter gegen internationale Angriffe. Man denke an internationale Strafdrohungen gegen die Ausschreitungen der anarchistischen Bewegung.

Es ist sofort klar, daß derartige internationale Vereinbarungen

von den bisher besprochenen wesentlich verschieden sind. Soweit unsere Frage also auch diese Bedeutung des internationalen Strafrechts umfassen soll, werden wir ihr eine durchaus selbständige Formulierung geben müssen. Sie lautet dann:

Gibt es internationale Rechtsgüter, und welche? Sind internationale Vereinbarungen zu ihrem Schutze anzustreben? Nach welchen Grundsätzen sind diese zu treffen?

So haben wir die eine Frage in drei Fragen aufgelöst, welche den drei verschiedenen Bedeutungen des Wortes „internationales Strafrecht“ entsprechen. Ich muß sie im Zusammenhange behandeln, um die Notwendigkeit ihrer getrennten Beantwortung nachzuweisen. Diese Behandlung schließt eine Besprechung sämtlicher Detailpunkte notwendig aus. Auch hätte eine solche an dieser Stelle m. E. wenig oder gar keinen Wert.

1. Das Herrschaftsgebiet der nationalen Strafrechtssätze.

Wenn wir einen Blick auf jene Normen der verschiedenen nationalen Gesetzgebungen werfen, durch welche diese das Geltungsgebiet der heimischen Strafrechtssätze den ausländischen Strafrechten gegenüber abgrenzen,¹⁾ so finden wir, trotz aller Verschiedenheit im einzelnen, eine Übereinstimmung in den maßgebenden Grundzügen. Wir können, da es sich hier nur um eine schematische Übersicht handelt, diese in den Gesetzgebungen der meisten Staaten wiederkehrenden Grundzüge in folgende Sätze zusammenfassen:

1. Das inländische Recht findet Anwendung auf alle im Inlande, sei es von Inländern, sei es von Ausländern, begangenen strafbaren Handlungen.

2. Das inländische Recht findet unter gewissen Voraussetzungen und Beschränkungen Anwendung auch auf die vom Inländer im Auslande begangenen strafbaren Handlungen.

3. Das inländische Recht findet ausnahmsweise Anwendung auch auf jene von Ausländern im Auslande begangenen strafbaren Handlungen, welche gegen besonders wertvolle Rechtsgüter des inländischen Gemeinwesens gerichtet sind.

Wie bereits bemerkt, finden sich zahlreiche Abweichungen im ein-

¹⁾ Eine im allgemeinen ganz gute Übersicht gibt der *Traité de droit pénal international et de l'extradition* von Pasquale Fiore. Französische Ausgabe von Charles Antoine. Paris 1880. S. 237—282. (Zeitschrift I. S. 153.)

zelen. Aber sie sind zu unbedeutend, um eine allgemeine Verständigung auf der Basis jener drei Sätze als unmöglich erscheinen zu lassen.

Wäre eine Verständigung auf dieser Basis wünschenswert? Ich muß die Frage auf das entschiedenste verneinen, und zwar aus einem Grunde, dessen Nichtbeachtung meiner Meinung nach einen der Fundamentalfehler der bisherigen Behandlung dieser Frage bildet. Nehmen wir an, alle Staaten Europas würden die Bestimmungen in den §§ 3—9 unseres R. St. G. B.'s einfach rezipieren. Die unausbleibliche Folge davon wäre eine geradezu unerträgliche Kollision der Strafansprüche der verschiedenen Staaten.

Ich muß zunächst den Begriff des Strafanspruchs näher erläutern. Ich nenne Strafanspruch das aus dem Verbrechen entspringende staatliche Recht, zu strafen, soweit es, qualitativ und quantitativ bestimmt, seine subjektive Spitze gegen den Verbrecher kehrt. Der Staat selbst bestimmt die Voraussetzungen für die Entstehung seines Strafanspruchs, indem er den allgemeinen Thatbestand der verbrecherischen Handlung überhaupt (Zurechnungsfähigkeit des Thäters, Rechtswidrigkeit des Thuns u. s. w.) sowie die Begriffsmerkmale des einzelnen Verbrechens festsetzt; er bestimmt weiter insbesondere die Voraussetzungen für die Entstehung seines Strafanspruchs, indem er das Geltungsgebiet seiner nationalen Strafrechtsätze, deren Übertretung eben den Kern der verbrecherischen Handlung bildet, im Verhältnis zu den ausländischen Strafrechtsätzen begrenzt.

Und nun nehmen wir wieder an, in allen Staaten wären unsere drei Sätze geltendes Recht. Ein Deutscher hat auf französischem Gebiete eine strafbare Handlung begangen. Deutschland erklärt: mir steht der Strafanspruch zu, denn der Mann ist mein Unterthan; Frankreich behauptet: ich bin der Träger des Strafanspruchs, denn auf französischem Grund und Boden ist das Verbrechen begangen worden. Die Kollision der Strafansprüche ist da; und eine befriedigende Lösung ist unmöglich.

Man wende mir nicht ein: wer den Verbrecher dingfest macht, der mag ihn bestrafen. Damit sind die Schwierigkeiten nicht beseitigt. Die §§ 4 und 5 unseres R. St. G. B.'s beweisen es. Wenn wir den Mann in Deutschland festnehmen, so realisieren wir unseren Strafanspruch; wie kommen wir dazu, eine von Frankreich ausgehende Begnadigung berücksichtigen zu müssen (St. G. B. § 5 Ziffer 2); kann etwa Frankreich auf unseren Anspruch verzichten? Ein Dalmatiner

hat seinem Freunde auf montenegrinischem Boden bei Ausübung der Blutrache geholfen und ist hier (vielleicht um ihn zu retten) sofort angeklagt und freigesprochen worden: wie kommt Österreich dazu, sich durch dieses Urteil seinen Strafanspruch rauben zu lassen (St.G.B. § 5 Ziff. 1)?

Ich verzichte darauf, weitere Beispiele zu geben. Eine internationale Verständigung muß angestrebt werden, um eine Kollision der Strafansprüche zu vermeiden; das dürfte zugegeben werden. Aber die Verständigung muß dann auch auf solcher Basis erfolgen, daß Kollisionen soweit möglich wirklich vermieden werden; das scheint mir nicht weniger klar zu sein. Unsere drei Sätze geben eine solche Basis nicht ab, und darum muß eine andere gesucht werden.

Das einzige Mittel aber, jede Kollision der Strafansprüche zu vermeiden, ist die ausnahmslose Anerkennung des Territorialprinzips, also des Satzes, daß jeder Staat die auf seinem Gebiete begangenen strafbaren Handlungen nach seinem Rechte zu bestrafen berechtigt und verpflichtet sei. Volle Sicherheit wird aber auch dieses Prinzip nur dann gewähren, wenn die bekannten Streitfragen über den Ort der begangenen That durch den Gesetzgeber erledigt werden; die Erledigung verliert an Schwierigkeit, sobald der praktisch einfachen Entscheidung¹⁾ der Vorzug vor der theoretisch richtigen gegeben wird.

Gerne gebe ich zu, daß gewisse Ausnahmen schwer zu vermeiden sind. Gegen Hoch- und Landesverrat (ich würde nur ungern noch weiter gehen) muß der Staat sich schützen, auch wenn sie im Auslande begangen werden, sich schützen durch die Behauptung seines Strafanspruchs. Hier ist die Kollision der Strafansprüche das geringere Übel.

Aber auch auf die von den Inländern im Auslande begangenen Handlungen das inländische Strafrecht anwenden zu wollen, dazu sehe ich wahrlich keine Veranlassung. Das Prinzip der Nichtauslieferung der Inländer an das Ausland (St.G.B. § 9) beweist nichts für die Notwendigkeit, den Inländer für die im Auslande begangenen Verbrechen im Inlande zu bestrafen; denn dieses Prinzip selbst ist, wie heute mehr und mehr erkannt wird, unhaltbar.²⁾

¹⁾ z. B. durch Aufstellung des (theoretisch gewiß unhaltbaren) Satzes: die That ist an demjenigen Orte begangen, an welchem der Thäter sich im Augenblicke der Begehung befunden hat.

²⁾ Man vgl. die bei Fiore-Antoine S. 546 angeführte Litteratur. Das

Fast fürchte ich aber, für diesen letzten Satz — heute wenigstens — auf allgemeine Zustimmung in Deutschland nicht rechnen zu können. Und darum möchte ich noch eine Bemerkung hinzufügen.

Wenn man auch hier über das Territorialprinzip hinausgehen will, so thue man es mit aller Entschiedenheit; wenn man dem Inlande auch in diesen Fällen einen Strafanspruch vindiziert, so lasse man sich diesen inländischen Strafanspruch durch das Ausland nicht verkümmern und schmälern. Dann entscheide die thatsächliche Macht über den Schuldigen zwischen den kollidierenden Ansprüchen; hat sie zu unseren Gunsten entschieden, dann wenden wir unser Recht an, schlechtweg und ohne Klausel. Auswärtiger Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Justizverwaltung dürfen wir keinen Einfluß einräumen auf unseren Strafanspruch. Die Beschränkungen in § 4 letzter Absatz und § 5 R.St.G.B. müssen unbedingt fallen.

Ich gelange zu folgenden Thesen:

- 1) Es ist wünschenswert, daß das Geltungsgebiet der heimischen Strafrechtsätze den ausländischen Strafrechtsätzen gegenüber in allen Staaten nach denselben Grundsätzen bestimmt werde.
- 2) Bei dieser Regelung sind Kollisionen der Strafansprüche verschiedener Staaten, soweit irgend möglich, zu vermeiden. Die Regelung hat daher von dem Territorialprinzip als ihrer Grundlage auszugehen.
- 3) Soweit eine Kollision der Strafansprüche durch Überschreitung des Territorialprinzipes herbeigeführt wird, ist Existenz und Inhalt des mit dem ausländischen konkurrierenden inländischen Strafanspruchs lediglich nach inländischem Rechte zu beurteilen.

2. Internationale Straf-Rechtshilfe (Auslieferung).

I. Notwendigkeit, Ziel und Weg der Reform.

Daß die geltenden Rechtsgrundsätze über die Gewährung der internationalen Rechtshilfe auf strafrechtlichem Gebiete in keiner Weise den

Institut hat sich durch These VI für die Auslieferung der eigenen Unterthanen ausgesprochen. Ebenso v. Holtzendorff in der erwähnten Schrift und zahlreiche andere moderne Schriftsteller.

Bedürfnissen des Rechtslebens entsprechen, wird wohl keines Beweises bedürfen. Wie schon oben betont, beziehen sich diese Rechtsgrundsätze fast ausschließlich auf die Auslieferung von Verbrechern. Nun bestehen zwar zwischen zahlreichen Staaten Auslieferungsverträge. Aber immer bleiben noch Lücken genug übrig; und, was viel wichtiger ist, die bestehenden Auslieferungsverträge funktionieren schlecht: sie versagen den Dienst, wo er am nötigsten wäre, und geben zu Streitigkeiten Anlaß, durch welche die erprobte Freundschaft zwischen mächtigen Staaten aufs Spiel gesetzt, gelockert und zerstört werden kann.

Es kommt ein weiterer Umstand hinzu, welcher Abhilfe dringend notwendig macht. Die Zahl der zwischen den verschiedenen Staaten geschlossenen und heute gültigen Auslieferungsverträge ¹⁾ beträgt weit über hundert. Dieser Zahl der Verträge entspricht die Buntheit ihres Inhaltes, welche der übersichtlichen Darstellung spottet; entspricht die chaotische Menge der Einzelbestimmungen, welche das Licht eines schöpferischen Gedankens niemals durchdrungen hat; entspricht die Zahl der dadurch veranlaßten Konflikte.

Aus der Lückenhaftigkeit und der Buntheit des geltenden Rechts ergeben sich die Zielpunkte der anzustrebenden Reform: 1) Ausdehnung der gegenseitigen Gewährung der Rechtshilfe auf alle Staaten, also Verallgemeinerung des Vertragsverhältnisses; 2) Vereinfachung der die Gewährung der Rechtshilfe bestimmenden Grundsätze, also Verallgemeinerung der einzelnen Rechtsätze.

Zur Erreichung des Zieles bietet sich ein doppelter Weg dar.

1. Die Erlassung selbständiger Auslieferungsgesetze in den einzelnen Staaten. Diese Gesetze, durch welche Voraussetzung und Gang der Auslieferung für ein bestimmtes Staatswesen geregelt wird, bilden die Grundlage, auf welcher dieser einzelne Staat mit den übrigen Staaten seine Auslieferungsverträge schließt. Die nächste Folge eines solchen Auslieferungsgesetzes ist die Einheitlichkeit in den Auslieferungsverhältnissen eines einzelnen Staates zu allen übrigen und dieser zu jenem.

Eine Anzahl von Staaten hat diesen Weg der Reform mit Erfolg eingeschlagen. ²⁾ Belgien hat in seinen Auslieferungsgesetzen vom

¹⁾ Man vgl. den Artikel „Auslieferungsverträge“ von Hulmerincq in der 3. Aufl. des v. Holtendorffschen Rechtslexikons.

²⁾ Diese Gesetze finden sich in dem bereits angeführten Werke von Fiore-Antoine.

1. Oktober 1833 und 15. März 1874 die Bahn gebrochen; England folgte mit seiner act for amending the law relating to the extradition of criminals vom 9. August 1870 (33 u. 34 Victor. c. LII.), an deren Verbesserung seither fortwährend gearbeitet wurde (Gesetz von 1873; interessanter Kommissionsbericht von 1878); Holland hat sich am 6. April 1875, Canada am 28. April 1877 ein Auslieferungsgesetz gegeben; in den Vereinigten Staaten ist wenigstens das Verfahren durch ein Gesetz vom 12. August 1848 geregelt; Frankreich arbeitet seit 1878, Italien seit einigen Monaten an den Entwürfen eines Auslieferungsgesetzes. In Deutschland scheint bisher niemand den Wert eines solchen Gesetzes gewürdigt zu haben, und die Folge davon ist eine Buntscheckigkeit unserer Auslieferungsverträge, ¹⁾ eine Preisgebung der Bedürfnisse unseres Rechtslebens, von welcher sich der Fernerstehende wohl kaum eine richtige Vorstellung zu machen imstande ist.

Aber vielleicht ist dieser Umstand für die auf eine allgemeine Reform gerichteten Bestrebungen selbst eher ein Vorteil als ein Nachteil. Die Erlassung von Auslieferungsgesetzen schließt nämlich eine bisher von keiner Seite gewürdigte Gefahr für das Auslieferungswesen in sich, sobald sie allgemein wird. Nehmen wir an, alle Staaten hätten Auslieferungsgesetze erlassen. Wenn es nun zum Abschlusse von Auslieferungsverträgen kommt, deren unverrückbare Grundlage eben jene Gesetze bilden sollen, so ist ein doppeltes denkbar. Entweder, die Gesetze der beiden vertragsschließenden Staaten enthalten abweichende Bestimmungen: dann ist ein Zustandekommen des Vertrages unmöglich, weil jede der beiden Regierungen durch das Gesetz gebunden ist. Oder die Gesetze stimmen miteinander überein, in welchem Falle der Vertragsabschluß keine Schwierigkeiten mehr darbietet. Da das erstere gewiß nicht wünschenswert ist, gelangen wir zur Aufstellung der weiteren Forderung: inhaltliche Übereinstimmung der in den Einzelstaaten zu erlassenden Auslieferungsgesetze.

Damit sind wir aber bereits zu dem zweiten Wege geführt worden, auf dem die Reform angestrebt werden kann; zu demjenigen, auf dem m. E. allein die erfolgreiche Durchführung einer allgemeinen Reform möglich ist.

¹⁾ Man vgl. den lehrreichen Aufsatz von Schönemann im Archiv für Strafrecht XXIX S. 16–47 (Zeitschrift I S. 349).

2. Dieser zweite Weg ist der Abschluß eines **Welt-Auslieferungsvertrages**, richtiger eines internationalen Strafrechtshilfevertrages; also eine Vereinbarung sämtlicher Staaten darüber, einmal, daß sie sich gegenseitig Strafrechtshilfe (Auslieferung), weiter, unter welchen Voraussetzungen und auf welche Weise sie sich dieselbe gewähren wollen. Ich denke mir das Zustandekommen dieses Weltvertrages in der Art, daß zunächst die tonangebenden Staaten unter sich die Vereinbarung treffen, dann aber den Beitritt zu dem geschlossenen Vertrage jedem Staate freistellen, dessen Gesetzgebung und Rechtspflege den Grundzügen der heutigen Kulturstaaten einigermaßen entspricht. Es bedarf wohl nur eines Hinweises auf den Weltpostvertrag, um diesen Gedanken nicht als eine Utopie erscheinen zu lassen. Jede weitere Ausführung der Vorteile eines solchen Vertrages aber erscheint mir als eitel Zeitverschwendung.

Also entweder Welt-Auslieferungsvertrag oder aber zum mindesten ein deutsches Auslieferungsgesetz: das sind die einzigen Wege, auf welchen die Reform des Auslieferungswesens möglich ist. Beides aber setzt voraus die Klärung der Ansichten über jene Rechtsfragen, deren Lösung den Inhalt jenes Vertrages wie dieses Gesetzes zu bilden hätte; und die Klärung der Ansichten über die einzelnen Rechtsfragen wieder ist nicht möglich ohne Klarheit über das Wesen der Auslieferung. Diese soll uns zunächst beschäftigen. Auf die einzelnen Rechtsfragen will ich nur soweit eingehen, als es unumgänglich notwendig ist.

II. Das Wesen der Auslieferung und die Konsequenzen aus demselben.

Die Auslieferung ist ein Akt der Rechtshilfe (nicht der einzige auf strafrechtlichem Gebiete, aber der wichtigste). Ich glaube nicht, daß von irgend einer Seite ein Widerspruch gegen diesen Satz erhoben werden wird und erhoben werden kann. Aber das weiß ich bestimmt, daß noch niemand sich die Konsequenzen aus diesem Satze klar gemacht hat. Und doch ist es von größter Wichtigkeit, gerade bei schwierigen juristischen Problemen konsequent zu denken; nicht der Konsequenzmacherei an sich zu liebe, sondern weil nur konsequente Durchführung eines an sich unbestrittenen Gedankens Aussicht auf allgemeinen Beifall hat, und weil nur konsequente Rechtsfälle scharf und sicher in der Praxis arbeiten. Betrachten wir die Konsequenzen etwas näher.

Die Auslieferung ist ein Akt der Rechtshilfe, nicht ein Akt der

Rechtspflege. Sie ist nicht Verfolgung eigener, sondern Mitwirkung zur Verfolgung fremder Strafansprüche; sie trägt nicht univervellen, sondern internationalen, nicht kosmopolitischen, sondern diplomatischen Charakter. Ich glaube, der Gegensatz tritt scharf genug zu Tage. Die internationale Rechtshilfe setzt die zwischen selbständigen Staaten bestehenden Schranken voraus; die kosmopolitische Rechtspflege reißt diese Schranken nieder. Die erstere sagt: ich will Dir zu Deinem Rechte helfen; die letztere sagt: Dein Recht ist mein Recht, de me res agitur. Die erstere setzt fremdes Recht voraus, schließt eigenes Recht aus; die letztere setzt eigenes Recht voraus und betrachtet das fremde Recht nur im Lichte des eigenen.

Daraus ergeben sich nun verschiedene Folgesätze.

1. Auslieferung ist Mitwirkung zur Verwirklichung **fremder** Strafansprüche. Wer die Auslieferung begehrt, muß Strafanspruchs-Berechtigter sein. Ob er es ist, und ob er in dem behaupteten Umfange es ist, darüber kann nur das Recht des Anspruchswerbers entscheiden. Denn er, und nur er stellt die Voraussetzungen fest, von deren Vorliegen Existenz und Umfang seines Strafanspruches abhängt. Wenn Frankreich behauptet, ein nach Deutschland geflüchteter Franzose habe in Frankreich eine nach französischem Rechte als Verbrechen erscheinende Handlung begangen, und daher seine Auslieferung begehrt, so werden wir uns wohl fragen müssen: ist jene Behauptung richtig; aber zur Anwendung unseres deutschen Rechts bei Beantwortung der Frage ist kein Raum, denn für dieses sind die in Frankreich von einem Franzosen begangenen Handlungen überhaupt juristisch irrelevant. Halten wir an diesem Satze, der eine notwendige Konsequenz aus dem Wesen der Auslieferung ist, fest, so erledigt sich damit eine Reihe scheinbar schwieriger Streitfragen mit spielender Leichtigkeit.

a. Die Frage, ob eine Handlung überhaupt strafbar sei, ist immer nur nach dem Rechte des die Auslieferung begehrenden Staates zu entscheiden. Durchaus gleichgültig ist es, ob die Handlung auch nach dem Rechte des um die Auslieferung angegangenen Staates als strafbar erscheint oder nicht. Unhaltbar ist demnach die XI. These des Institut de droit international: „En règle, on doit exiger que les faits auxquels s'applique l'extradition soient punis par la législation des deux pays, excepté dans les cas où, à cause des institutions particulières ou de la situation

géographique du pays de refuge¹⁾, les circonstances de fait qui constituent le délit ne peuvent s'y produire.“ Es ließe sich gegen diese These gar manches sagen, zu dessen näherer Ausführung hier nicht der Ort ist: daß die zu schlechten Wiken geradezu herausfordernde Ausnahme die Unhaltbarkeit des Prinzipes schlagend beweise; daß der konsequente Ausdruck des der These zu Grunde liegenden Gedankens die Forderung gewesen wäre, die Handlung müsse ein *delictum juris gentium*, d. h. nach dem Rechte aller Kulturstaaten strafbar sein u. s. w. u. s. w. Ich will nur eins betonen.

Die „Strafbarkeit“ der That an sich ist nicht die Hauptsache; es kommt auch und zwar in erster Linie auf die Höhe der Strafe an. Oder empfiehlt sich vom Standpunkte des Instituts für Völkerrecht aus die Auslieferung wegen einer Handlung, die nach dem Rechte des requirierenden Staates mit dem Tode oder mit einer schweren Verbrechenstrafe, nach dem des requirierten Staates aber mit einer geringen Vergehensstrafe bedroht ist (man denke an Tötung auf Verlangen des Getöteten, an das amerikanische Duell und ähnliche Fälle)? Das, was die Strafgesetzgebung eines Staates charakterisiert, sind eben nicht die Normen, sondern die begriffsentwickelnden Rechtsätze und die Strafdrohungen. Trotz Übereinstimmung in den Normen ist größte Verschiedenheit der Strafgesetzgebung möglich; jene kann daher, wenn auf Übereinstimmung der Gesetzgebung Gewicht gelegt werden soll, nicht zum Kriterium für die Zulässigkeit der Auslieferung gemacht werden. — Für uns entfällt die Schwierigkeit gänzlich. Ist die Auslieferung ein Akt der Rechtshilfe, dann kann immer nur die Gesetzgebung des die Auslieferung begehrenden Staates für die Entscheidung der Frage maßgebend sein, ob der behauptete Strafanspruch überhaupt und in dem behaupteten Umfange besteht oder nicht.

b. Auch die Frage, ob der entstandene Strafanspruch durch einen später eingetretenen Strafaufhebungsgrund (Begnabigung, Verjährung u. s. w.) wieder vernichtet worden sei, ist immer nur nach dem Rechte des die Auslieferung begehrenden Staates zu entscheiden. Auch dieser Satz folgt aus dem Wesen der Auslieferung als eines Aktes der Rechtshilfe. Wenn es sich um ein von Italien an Deutschland gerichtetes Aus-

¹⁾ Man denke nur daran, daß ein Holländer, nach Begehung eines Schiffbruchsdeliktes auf hoher See, sich nach Lichtenstein flüchtet, und an ähnliche Fälle.

Lieferungsbegehren, also um einen italienischen Strafanspruch handelt, so ist eine etwa nach deutschem Recht eingetretene Verjährung oder eine von einem deutschen Monarchen ausgehende Begnadigung juristisch durchaus irrelevant: denn nicht, ob Deutschland, sondern ob Italien der behauptete Strafanspruch wirklich zukommt, steht zur Frage. Insbesondere bezüglich der Verjährung ist die vorgetragene Ansicht weit davon entfernt, die allgemein anerkannte zu sein; die Mehrzahl der Auslieferungsgesetze und Auslieferungsverträge steht auf dem entgegengesetzten Standpunkte und erklärt, wie der Art. 7 des belgischen Gesetzes v. 15. März 1874: „L'extradition ne peut avoir lieu si, depuis le fait imputé, les poursuites ou la condamnation, la prescription de l'action ou de la peine est acquise d'après les lois de la Belgique,“ — die Auslieferung für unzulässig, wenn Verbrechen oder Strafe nach den Gesetzen des requirierten Staates verjährt ist. Im Schoße des Institutes für Völkerrecht trat der Widerstreit der Ansichten deutlich hervor; für die bisher herrschende Ansicht erklärten sich Arnz, v. Bar, Bluntschli, Goos, Hornung, d'Olivecrona; die oben von mir vorgetragene wurde, wenn auch aus anderen Gründen, vertreten von Fiore, Geyner, v. Holtendorff, Martens, Neumann und insbes. verfochten von dem Berichterstatter Renault.¹⁾ Eine sichere Lösung der Kontroverse ist aber meines Erachtens nur dann möglich, wenn von dem Wesen der Auslieferung ausgegangen wird.

2. Voraussetzung für die Gewährung der Rechtshilfe ist die **Existenz** des behaupteten fremden Strafanspruchs. Der um die Auslieferung ersuchte Staat kann und darf sich der unter eigener Verantwortlichkeit stattfindenden Kognition über die Existenz des behaupteten Anspruches nicht entziehen. Er wird aber gleichzeitig prüfen müssen, ob auch die übrigen Voraussetzungen gegeben sind, von deren Vorliegen die Gewährung der Rechtshilfe abhängt: ob z. B. die strafbare Handlung zu den im Auslieferungsvertrag aufgezählten Verbrechen gehört, ob sie nicht etwa den Charakter eines politischen Deliktes an sich trägt, ob der Verfolgte nicht etwa Inländer ist u. s. w. Die genauere Konstruktion dieser Prüfung bietet mancherlei Schwierigkeiten dar, welche hier nur nach ihrer prinzipiellen Seite besprochen werden sollen.

¹⁾ Vgl. dessen Rapport p. 14 (in den travaux préparatoires de la session de 1880).

a. Während die Anregung der Auslieferung auf diplomatischem, ihre Ausführung auf dem Wege der Verwaltung erfolgt, muß die Prüfung, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Rechtshilfe vorliegen, den Gerichten überlassen bleiben. Die Rechte der einzelnen Staaten enthalten über diese Frage abweichende Bestimmungen; bald überlassen sie die Entscheidung der Regierung (Frankreich, Italien), bald den Gerichten (England, Vereinigte Staaten, Kanada), bald endlich ordnen sie die Einholung eines Gutachtens der Gerichte vonseiten der Regierung an (Belgien, Holland), ohne aber diese an jenes zu binden. Die Überlassung der Entscheidung an die Gerichte empfiehlt sich, ganz abgesehen von juristischen Erwägungen, schon aus dem rein politischen Grunde, daß sie der Regierung den Wünschen der auswärtigen Diplomatie gegenüber einen unverrückbaren Rückhalt gewährt. Die richterliche Entscheidung müßte auf Grund einer zweiseitigen Verhandlung erfolgen, welche, entsprechend den Grundsätzen des im Lande herrschenden Strafprozeßrechtes, zu gestalten wäre. Art. 3 des belgischen Gesetzes vom Jahre 1874 könnte als Muster dienen.

b. Die Prüfung des Auslieferungsbegehrens hat nicht nur die Rechtsfrage, sondern auch die Thatfrage zu umfassen; also auch mit der Frage sich zu beschäftigen, ob der Verfolgte die ihm zur Last gelegte That begangen habe. Allein die Prüfung der Thatfrage kann und darf nur eine summarische sein; es genügt die Bescheinigung der behaupteten Thatfachen durch die auswärtige Regierung, und die Bescheinigung wird als eine ausreichende betrachtet werden müssen, wenn ein Beschluß des zuständigen auswärtigen Richters auf Einleitung der Untersuchung, Eröffnung des Hauptverfahrens u. s. w. oder ein (wenn auch noch nicht rechtskräftiges) Urteil desselben vorgelegt wird. Auch in dieser Beziehung enthält das belgische Gesetz mustergültige Bestimmungen.

c. Es muß Fürsorge dafür getroffen werden, daß noch vor der gerichtlichen Entscheidung eine sofortige vorläufige Verwahrung des Verfolgten stattfinden könne (man vgl. Art. 3 u. 5 des belgischen Gesetzes). Selbstverständlich dürfte die Dauer derselben eine nach der Entfernung des requirierenden Staates zu bemessende Frist nicht übersteigen.

3. Die Existenz eines **eigenen** Strafanspruchs des um die Auslieferung angegangenen Staates schließt die Gewährung der Rechtshilfe begriffsnotwendig aus. Be-

hauptet der requirirte Staat, selbst der Träger des aus dem begangenen Verbrechen entstandenen Strafanspruches zu sein, so negiert er damit die Existenz des fremden Strafanspruches, als die Hauptvoraussetzung für den Eintritt der Rechtshilfspflicht. Über die Richtigkeit der Behauptung entscheiden selbstverständlich diejenigen Organe, welchen die Prüfung des Auslieferungsbegehrens überhaupt obliegt, also nach meinem Vorschlage die Gerichte. Dieser Satz wird von Wichtigkeit in allen Fällen, in welchen eine wirkliche oder angebliche Kollision von Strafansprüchen vorliegt.

4. Da von einer Rechtshilfspflicht im juristischen Sinne des Wortes nur gesprochen werden kann, wenn und soweit diese durch Vertrag oder Gesetz begründet ist, so wird es Aufgabe der Auslieferungsgesetze oder des Welt-Auslieferungsvertrages sein, Voraussetzungen und Umfang der Auslieferungspflicht genau zu umgrenzen, insbes. diejenigen strafbaren Handlungen ausdrücklich aufzuzählen, wegen deren die Auslieferung gewährt werden soll. Ich brauche auf diese Details hier nicht weiter einzugehen. Nur die politischen Verbrechen bedürfen einer Besprechung.

III. Die politischen Verbrechen.¹⁾

1. Der Grundsatz der Nichtauslieferung politischer Verbrecher kann und muß heute als gemeines Recht bezeichnet werden. Jede Reformbestrebung auf dem Gebiete des Auslieferungswesens muß diesen Grundsatz als einen gegebenen und unantastbaren hinnehmen. Der Logik der Thatfachen gegenüber kann keine abweichende subjektive Ansicht Anspruch darauf machen, sich zur Geltung zu bringen. Es mag demnach dahingestellt bleiben, ob die Nichtauslieferung politischer Verbrecher irgendwie juristisch gerechtfertigt werden kann (was nach meiner Meinung nicht der Fall ist), oder ob dieser Grundsatz nicht vielmehr ein Überrest ist aus einer mehr und mehr entschwindenden Zeit, in welcher man die Staatsgewalt als die geschworene Feindin der Staatsbürger betrachtete und den Angriff auf die Brieftasche des einzelnen viel schwerer empfand und verurteilte als die Untergrabung der Grundlagen des staatlichen

¹⁾ Aus der zahlreichen Litteratur seien außer der schon oben S. 51 Anm. 2 genannten Arbeit von *Bruša* nur zwei neuere Schriften hervorgehoben: *Teichmann*: Les délits politiques, le régicide et l'extradition (Revue de droit internat. XI. 1879) und *Renault*: Des crimes politiques en matière d'extradition. Paris 1880 (Journal du droit intern. privé et de la jurisprudence comparée).

Lebens. Aber gerade die allgemeine Anerkennung jenes Grundsatzes macht allgemeine Übereinstimmung über seine Tragweite unerlässlich; und die Anerkennung des Prinzipes schließt die Anerkennung von Ausnahmen nicht aus.

2. Der Begriff des politischen Deliktes gehört bekanntlich zu den bestrittensten und schwierigsten juristischen Begriffen. Vielleicht schwindet ein Teil der Schwierigkeiten, wenn die Theoretiker des Strafrechts, die bisher in ihrer überwiegenden Mehrzahl mit größerer oder geringerer Vornehmheit die Bestimmung dieses Begriffes abgelehnt haben, künftighin an der Arbeit der Lehrer des Völkerrechtes sich mit beteiligen. Für uns fragt es sich, ob schon heute eine Einigung über den Begriff möglich ist oder ob nicht vielleicht die voraussichtlich schwierige Einigung durch eine Aufzählung der als politische (beziehungsweise nichtpolitische) zu betrachtenden Verbrechen umgangen werden kann.

Ich halte eine Einigung über den Begriff für schwierig, aber nicht für unmöglich. Mehr und mehr bricht sich die Ansicht Bahn, daß der Einteilungsgrund nicht in dem Motive oder dem Zwecke des Thäters, sondern in der Bedeutung des durch die That angegriffenen Rechtsgutes gelegen sei.¹⁾ Politische Delikte sind, so können wir umschreibend sagen, die gegen die politischen Rechtsgüter des einzelnen oder der Gesamtheit gerichteten strafbaren Handlungen. Der subjektiven Seite der That bleibt der ihr gebührende Einfluß gewahrt, wenn wir hinzufügen: die vorsätzlich begangenen strafbaren Handlungen. Doch ist die Hinzufügung darum überflüssig, weil das positive Recht die genannten Handlungen eben nur als vorsätzlich begangene unter Strafe stellt. Auf dieser Basis könnte eine Einigung erzielt werden. Allein da der Charakter eines bestimmten Rechtsgutes als eines politischen einerseits theoretisch durchaus nicht unzweifelhaft ist, andererseits durch die wechselnde Verfassung der einzelnen Staatswesen bedingt wird, wäre denn doch eine Aufzählung der von den Einzelstaaten als politische Delikte betrachteten strafbaren Handlungen schwer vermeidlich. Die

¹⁾ Man vgl. u. a. Haus, *Principes généraux du droit pénal belge* (2. Aufl.) I p. 277 ff.; Leichmann a. a. O. (mit einer Übersicht über die verschiedenen Ansichten); Fiore-Antoine a. a. O. S. 592 ff.; Binding, *Grundriß zur Vorlesung über gem. deutsch. Strafrecht* S. 54; Wahlberg, *Beiträge zur Geschichte und Klassifikation der politischen und sozialen Verbrechen*. Wien. 1880. S. 9 (*Zeitschrift für das Privat- u. öffentl. Recht der Gegenwart*. VII S. 507).

Aufzählung würde aber in diesem Falle nicht eine Umgehung der prinzipiellen Einigung, sondern ihre nähere Erläuterung bedeuten. Hoch- und Landesverrat einerseits, Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte andererseits wären die beiden Kernpunkte, um welche sich die aufzuzählenden Delikte zu gruppieren hätten.

3. Die belgische Attentatsklausel. Das Attentat Jaquins auf Napoleon III. im September 1854 bildete bekanntlich die Veranlassung für das Zustandekommen des belgischen Gesetzes vom 22. März 1856¹⁾, durch welches bestimmt wurde:

Ne sera pas réputé délit politique ni fait connexe à un semblable délit, l'attentat contre la personne du chef d'un gouvernement étranger ou contre celle des membres de sa famille, lorsque cet attentat constitue le fait soit de meurtre, soit d'assassinat, soit d'empoisonnement.

Diese Bestimmung ging als die sog. belgische Attentatsklausel in eine ganze Reihe von Auslieferungsverträgen der verschiedensten Staaten (Belgien, Holland, Frankreich, Rußland, Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Schweden und Norwegen, Montenegro u. s. w.) über; sie fehlt in zahlreichen anderen Verträgen; ihre Annahme ist beharrlich abgelehnt worden von Italien und von der Schweiz. Die gegenwärtige diplomatische Aktion bezweckt nach den in die Öffentlichkeit gedruckenen Nachrichten in erster Linie die ausnahmslose Aufnahme der Klausel in die bereits geschlossenen und noch zu schließenden Auslieferungsverträge. Bei dem allgemeinen Beifalle, welchen der eine übereinstimmende Tendenz verfolgende Antrag Windthorst (April 1881) in dem deutschen Parlamente wie außerhalb desselben gefunden hat, darf ich wohl annehmen, daß die Richtigkeit und Notwendigkeit des der Klausel zu Grunde liegenden Gedankens von keiner Seite (im deutschen Juristentage wenigstens) bestritten werden wird.²⁾ Aber gegen die Form, in welcher der Gedanke zum Ausdruck gebracht wird, muß ich eine Reihe von Einwendungen erheben.

a. Es ist durchaus verkehrt, zu sagen: „Nicht ist politisches Delikt das Attentat auf das Leben des Monarchen u. s. w.“ Ich behaupte

¹⁾ Vgl. über die Geschichte dieses Gesetzes Renault, Des crimes polit. S. 19 ff.

²⁾ Auch die Versammlung der Gesellschaft für Reform und Kodifikation des internationalen Rechtes hat zu Köln am 16. August 1881 auf Antrag von Dudley-Field aus New-York sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Attentatsklausel in alle Auslieferungsverträge aufzunehmen sei.

gerade umgekehrt: wenn es überhaupt politische Delikte gibt, so nimmt der Königsmord die erste Stelle ein; es gibt, möchte ich sagen, kein politischeres Delikt als den Angriff auf das Leben des Staatsoberhauptes. Der Beweis für diese Behauptung ist leicht erbracht: beinahe in allen modernen Strafgesetzen bildet dieser Angriff den Hauptfall des Hochverrates (oder der diesem gleichstehenden Verbrechenskategorie), also den Hauptfall des politischen Verbrechens *kat'exochen*. Wer den politischen Charakter des Hochverrates zugibt, darf den des Königsmordes nicht leugnen. Mir ist kein einziges Gegenargument bekannt, welches den Namen eines solchen verdient. Die Verwerflichkeit der Handlung ist doch gewiß kein Grund gegen ihre politische Natur; für diejenigen wenigstens nicht, welche es mit mir auf das entschiedenste in Abrede stellen, daß der Hoch- oder Landesverräter im allgemeinen „est digne de l'estime des honnêtes gens.“¹⁾ Und wer, den allgemeinen Charakter des Mordes betonend, den Königsmord als ein „gemeines, aus politischer Leidenschaft hervorgegangenes“ Delikt bezeichnet, vergißt, daß nicht das Leben eines jeden Staatsbürgers, wohl aber das Leben des Staatsoberhauptes politische Bedeutung hat; daß Leben und Leben, wenn auch gleich vor dem Tode, durchaus ungleichwertig sein können vor der Gesetzgebung, und es, wie die Hochverratsparagrafen bezeugen, in unserem positiven Rechte auch thatsächlich sind.²⁾ Auch Reichmann³⁾ ist es nicht gelungen, die entgegengesetzte Ansicht zu begründen. Nach seiner Meinung verlangt das politische Delikt „un sujet pour ainsi dire impersonnel“, und dieses Merkmal fehle dem Königsmorde. Reichmann verwechselt dabei Objekt des Verbrechens im Sinne von Rechtsgut und Objekt des Verbrechens im Sinne von Träger des Rechtsgutes. Das Rechtsgut ist allen Verbrechen gegenüber etwas unpersönliches; sein Träger

1) Renault a. a. D. S. 26.

2) Es sei mir hier eine kurze Zwischenbemerkung gestattet. Renault wirft die Frage auf (a. a. D. S. 26): *Y aura-t-il des escroqueries politiques comme on veut admettre des assassinats politiques?* Die Antwort auf die Frage liegt in dem, was im Texte gesagt ist. Aber als Gegenstück zu den *escroqueries politiques* sei erwähnt, daß es nach englischem Recht zweifellos einen hochpolitischen Beischlaf gibt. Nach der *criminal code bill* (1878 Sekt. 35) ist Hochverrat: „violating, whether with her consent or not, a Queen consort, or the eldest daughter of a King or Queen regnant, unmarried, or the wife of the eldest son and heir apparent for the time being of the King or Queen regnant.“

3) a. a. D.

allen Verbrechen gegenüber ein „persönliches Subjekt“ (oder eine Mehrheit von solchen). Die einfache Tötung des Monarchen muß auch Reichmann als politisches Verbrechen gelten lassen; ist das „sujet“ des Deliktes hier ein anderes als bei Mord, Maffinat, Vergiftung? ¹⁾

Der Königsmord ist demnach in allen Fällen ein politisches Delikt. Er ist es auch dann, wenn durchaus unpolitische, rein persönliche Motive (Rachsucht, Eigennuß u. s. w.) den Verbrecher zur That bestimmten. So wenig zum Hochverrat überhaupt ein besonderer, über den Vorfaß hinausgehender animus hostilis gegen das Staatsganze erforderlich ist, ebensowenig ist dies bei dem Königsmorde der Fall, der ja nur als eine Spezies des Hochverrates betrachtet werden darf.

Es ist dringend notwendig, das klar zu erkennen und offen auszusprechen. Was hindert uns, im Geseze oder in den Verträgen zu erklären: Politische Verbrecher werden mit Ausnahme der Königsmörder nicht ausgeliefert? Die Fassung der belgischen Attentatsklausel aber birgt die Gefahr nie endender Verwirrung in sich. Sie hindert uns, zu irgend einer Einigung über den Begriff des politischen Deliktes zu gelangen. Denn wie könnte die Definition gefaßt werden, wenn sie den Hochverrat nicht mit umfassen soll? Sie gewährt aber auch denjenigen Staaten, welche die Auslieferung nicht zugestehen wollen, ein juristisch unanfechtbares Argument. So hat Italien bisher die Aufnahme der Attentatsklausel in seine Auslieferungsverträge mit Erfolg verweigert, u. z. mit der Begründung, daß der Angriff auf das Leben des Monarchen nach dem in Italien geltenden Rechte zu den Verbrechen gegen die innere Sicherheit des Staates gehöre, daß diese Verbrechen unzweifelhaft zu den politischen gerechnet werden müssen, und daß es daher nicht angehe, in einem Vertrage eine dem Geseze direkt zuwiderlaufende Bestimmung zu treffen. ²⁾ Das Argument fällt in dem Augenblicke, in welchem die Auslieferung der Königsmörder als eine Ausnahme von dem Grundsätze der Nichtauslieferung politischer Verbrecher erkannt und verlangt wird.

b. Ich habe den Ausdruck „Königsmord“ bisher der Kürze wegen gebraucht. Daß er diejenigen Fälle nicht deckt, welche man ausge-

¹⁾ Treffende Ausführungen über den politischen Charakter des Königsmordes finden sich in dem bereits angeführten Werke von Brusa, der, selbst Mitglied des Institut de droit intern., sich gegen die von diesem aufgestellten Thesen ausspricht.

²⁾ Man vgl. darüber Fiore-Antoine a. a. O. S. 596 Note 1.

nommen wissen will, bedarf keines Nachweises. Aber auch die Formel des belgischen Gesetzes, welche mit geringen Abweichungen in den verschiedenen Verträgen wiederkehrt, ist nicht zu empfehlen. Sie lautet: „L'attentat . . . s'il constitue le fait soit de meurtre, soit d'assassinat, soit d'empoisonnement.“ Zunächst fällt auf — oder sollte doch auffallen —, daß die genannten drei Verbrechensbegriffe durchaus nicht in allen Gesetzgebungen wiederkehren, daher vollkommen ungeeignet sind, die Grundlage einer internationalen Vereinbarung abzugeben. Verweis dafür ist die wesentlich verschiedene deutsche Übertragung der französischen Ausdrücke in den verschiedenen Verträgen. So spricht der österreichisch-russische Vertrag vom 15./3. Oktober 1874 von „Mord, Mordmord, Vergiftung“; der deutsch-luxemburgische vom 9. März 1876 von „Totschlag, Mord, Giftmord“. Daß das wesentlich verschiedene Dinge sind, ist klar. Es ist daher dringend wünschenswert, eine Fassung zu finden, welche der Verschiedenheit in der Gesetzgebung der Einzelstaaten gerecht wird. Ich würde vorschlagen, einfach von vorsätzlicher Tötung zu sprechen. Auch wäre es nur eine Konsequenz aus dem geltenden Rechte, wenn das Unternehmen in gleicher Weise wie die Vollendung des Verbrechens behandelt würde.

c. Die Ausdehnung auf die Mitglieder der Familie des Staatsoberhauptes scheint mir überflüssig zu sein. Dafür wären der Thronfolger und der Regent wohl zu nennen. Überlegung verdient es, ob nicht auch die unternommene vorsätzliche Tötung des leitenden Ministers in die Klausel aufzunehmen wäre. Die Aufnahme wäre allerdings nur für den Fall notwendig, wenn 1) Gesetz oder Vertrag schlechtweg von politischen Verbrechen sprechen sollten, ohne eine Definition oder Aufzählung derselben zu geben; oder wenn 2) in der Begriffsbestimmung das politische Motiv des Thäters als ausschlaggebend bezeichnet würde. Denn in allen anderen Fällen kann es ja keinem Zweifel unterliegen, daß die Tötung des leitenden Ministers als gemeines Delikt der Auslieferung unterliegt. Doch lege ich diesen Bemerkungen kein sonderliches Gewicht bei.

4. Das *délit connexe*. Schon in dem belgischen Auslieferungsgesetze vom 1. Oktober 1833 findet sich (Art. 6) die Bestimmung: Il sera expressement stipulé dans ces traités, que l'étranger ne pourra être poursuivi ou puni pour aucun délit politique antérieur à l'extradition, ni pour aucun fait connexe à un semblable délit etc.

In verschiedener Fassung kehrt dieser Satz in zahlreichen Auslieferungsgesetzen und Verträgen wieder. Frankreich und Belgien haben die Fassung des Gesetzes von 1833 meist unverändert beibehalten.¹⁾ Die italienischen Verträge drücken sich meistens in folgender Weise aus: „ni pour aucun autre fait quelconque relatif à ce crime ou à ce délit.“ England dagegen verweigert (auf Grund des Gesetzes von 1870) die Auslieferung nicht bloß, wenn es sich um ein politisches Delikt handelt, sondern auch, wenn der Verfolgte vor den englischen Behörden den Nachweis liefert, „daß das Auslieferungsbegehren zu dem Zwecke gestellt sei, um gegen ihn eine politische Verfolgung einzuleiten.“

Es läßt sich nun gewiß nicht behaupten, daß die angeführten Bestimmungen sich durch besondere juristische Klarheit oder Brauchbarkeit auszeichnen. Man ist allmählich aber auch zu der Erkenntnis gelangt, insbesondere auf Grund der von Frankreich nach dem Commune-Aufstand gemachten Erfahrungen, daß die Dehnbarkeit der Ausdrücke: crime connexe oder relatif à un délit politique dem flüchtigen Verbrecher in vielen Fällen ein durchaus unverdientes und von den vertragsschließenden Mächten nicht beabsichtigtes Asyl sichere. In den Beratungen des Instituts für Völkerrecht wurde dieser Erkenntnis entschiedener Ausdruck gegeben.²⁾ Nach eingehender Debatte einigte man sich auf folgende These (XIV):

L'État requis apprécie souverainement, d'après les circonstances si le fait, à raison duquel l'extradition est réclamée, a ou non un caractère politique.

Dans cette appréciation, il doit s'inspirer des deux idées suivantes:

- a) Les faits qui réunissent tous les caractères de crimes de droit commun (assassinat, incendies, vols), ne doivent pas être exceptés de l'extradition à raison seulement de l'intention politique de leurs auteurs;
- b) Pour apprécier les faits commis au cours d'une rébellion politique, d'une insurrection, ou d'une guerre civile, il faut se demander s'ils seraient ou non excusés par les usages de la guerre.

Die ganze Frage ist zweifellos eine äußerst schwierige. Aber der

¹⁾ Vgl. Fiore-Antoine S. 599 ff.

²⁾ Vgl. Renault in seinem Rapport S. 10 ff.

größte Teil der Schwierigkeiten entfällt, wenn wir die durchaus verschiedenen, aber regelmäßig zusammengeworfenen Beziehungen, in welchen das gemeine zu dem politischen Delikte stehen kann, scharf auseinanderhalten.

a. Ein und derselbe Thäter hat zwei Verbrechen begangen, ein politisches und ein gemeines, die in keinem anderen als dem durch die Identität des Subjektes gegebenen Zusammenhange stehen. Ein der Verfolgung entgangener Mörder z. B. beteiligt sich mehrere Jahre später an einem landesverrätherischen Unternehmen; er entflieht hierauf in das Ausland, von dem nunmehr die Auslieferung begehrt wird. Dieser Fall liegt durchaus einfach. Die beiden Handlungen, welche in realer Konkurrenz stehen, können und müssen streng getrennt werden, die Auslieferung wird bewilligt wegen des Mordes, verweigert wegen des Landesverrates; der Staat, welchem die Auslieferung bewilligt worden ist, darf selbstverständlich Untersuchung und Aburteilung auf den Landesverrat nicht ausdehnen.

b. Eine und dieselbe Handlung kann unter einem doppelten Gesichtspunkte betrachtet werden; unter dem einen erscheint sie als gemeines, unter dem andern als politisches Delikt. Die Einkerkelung des Monarchen kann als Freiheitsberaubung oder als Hochverrat betrachtet werden; die Mitteilung eines wichtigen Briefes an eine auswärtige Macht als Verletzung des Briefgeheimnisses oder als diplomatischer Landesverrat; die Zerstörung von Kriegsvorräten als Sachbeschädigung oder als militärischer Landesverrat u. s. w. Es sind die Fälle, in welchen der Kriminalist der älteren Schule von einer ideellen Konkurrenz sprechen würde. Auch diese Fälle können, ruhig betrachtet, keine ernste Schwierigkeit bieten. Ausschlaggebend ist für die Beurteilung dieser Fälle ihr spezieller, nicht ihr Gattungs-Charakter; jene Beurteilung ist die richtige, welche den konkreten Fall am erschöpfendsten berücksichtigt.¹⁾ Handelt es sich um die Auslieferung, so muß die Handlung demnach als ein politisches Delikt und nur als solches betrachtet werden; die Auslieferung ist ohne Einschränkung zu verweigern; eine Spaltung der einen Handlung in zwei Verbrechen ist unbedingt ausgeschlossen.

c. Dagegen bietet der dritte und letzte Fall wesentliche Schwie-

¹⁾ Die Fassung im Texte reicht nicht für alle Fälle aus. Aber ich kann hier auf die Natur der sog. Idealkonkurrenz nicht weiter eingehen. Das nähere in meinem Reichsstrafrecht § 40.

rigkeiten. Der Thäter hat eine ganze Reihe von Handlungen begangen, welche, einzeln betrachtet, den Charakter gemeiner Verbrechen, als Gesamtheit betrachtet, den Charakter eines politischen Deliktes an sich tragen. Im Laufe eines Volksaufstandes wurden die Wachen ermordet, Läden geplündert, Waffen geraubt, die Gegner in Fesseln geschlagen, Häuser angezündet, öffentliche Gelder unterschlagen, Eisenbahnen und Telegraphen zerstört, Staatsurkunden vernichtet u. s. w., u. s. w. In allen solchen Fällen handelt es sich zunächst um die Frage, ob wirklich alle einzelnen Handlungen desselben Thäters als zu einer Gesamthandlung vereinigt gedacht werden dürfen. Wenn wir diese Frage verneinen, so liegt reale Konkurrenz der Einzelhandlungen, also der unter a. bereits besprochene Fall, vor. Erscheinen dagegen die sämtlichen Handlungen als Teillakte einer Gesamthandlung, so haben wir nur die Gesamthandlung und nicht die Teillakte bei der weiteren Beurteilung ins Auge zu fassen. Für die Beurteilung der Gesamthandlung aber ist ihr überwiegender Charakter maßgebend. Ist dieser ein politischer, so liegt ein politisches Delikt vor; ist er es nicht, so haben wir es mit einem gemeinen Verbrechen zu thun; in jenem Falle wird die etwa begehrte Auslieferung verweigert, in diesem wird sie zu bewilligen sein.

Nun weiß ich recht wohl, daß die Kriterien der Gesamthandlung außerordentlich bestritten, oder richtiger, noch sehr wenig untersucht sind. Aber wir begegnen der Gesamthandlung — und das allein will ich besonders betonen — nicht bloß auf dem Gebiete politischer Umwälzungen, sondern tagtäglich in unseren Gerichtssälen. Werden wir hier mit ihr fertig, so müssen wir es auch dort zuwege bringen: die Grundsätze sind die gleichen. Für mich ist insbesondere die Einheit des erreichten oder beabsichtigten Erfolges maßgebend;¹⁾ aber ich will auf dieser Formulierung nicht bestehen. In dem oben gegebenen Beispiele zweifle ich nicht an der Möglichkeit, die Teillakte zur politischen Gesamthandlung zusammenzufassen.

Aber die These des Instituts für Völkerrecht ist auf das allerentschiedenste zu verwerfen. In ihrem ersten Teile ist sie überflüssig; denn daß ein gemeines Delikt durch die politischen Motive des Thäters nicht zu einem politischen werden kann, wird ja allgemein gegeben. Und in ihrem zweiten Teile ist sie unhaltbar. Wer Revo-

¹⁾ Mein Reichsstrafrecht § 39.

lutionen machen will, der muß die Glacee-Handschuhe ablegen und statt der Präsidentenglocke das Schwert und die Fackel zur Hand nehmen; von der Studierstube oder von dem Bankettsaale aus werden nur ausnahmsweise Throne gestürzt oder Verfassungen geändert, und ohne ein paar gebrochene Spiegelscheiben oder eingeschlagene Schädel pflegt's dabei nicht abzugehen. „Les usages de la guerre!“ Als ob man von denjenigen, welche sich die Anerkennung als Kriegsführende erst erkämpfen müssen, verlangen könnte, daß sie sofort die Pflichten derselben ohne ihre Rechte übernehmen! So lange es eine — wenn auch noch so traurige — Wahrheit bleibt, daß die Greuel eines Bürgerkrieges mit den Schrecken des Völkerkampfes nicht verglichen werden können, ebenso lange muß der Jurist mit dieser Wahrheit rechnen. Viel bestimmter, aber ebenfowenig juristisch hat Martens¹⁾ den der These XIV des Instituts zu Grunde liegenden Gedanken dahin ausgedrückt: die Auslieferung solle stattfinden, wenn es sich handle um ein „crime abominable ou revoltant.“ Man wende diesen Grundsatz einmal in den Niederungen des nicht-politischen Verbrechens an. Um Müller zu töten, hat Schulze ihm das Haus über dem Kopfe angezündet; der Bedrohte aber hat sich gerettet. Liegt Mordversuch und Brandstiftung oder nur ersterer vor? Wenn jemand auf diese Frage antworten wollte: „Es kommt darauf an, was ein anständiger Mörder in dieser Lage gethan hätte,“ — so würden wir gewiß in dieser Antwort keine juristische Lösung des Problems erblicken können. Größeren Wert hat aber auch die Formel des Institut de droit int. nicht. Der Revolutionär, der als thoroughbred gentleman auftritt, muß erst geboren werden.

Nach einer Richtung ist allerdings unserer Oxforder These XIV großes Gewicht beizulegen; sie ist ein Beweis dafür, daß die durchaus krankhafte Sympathie für das, was man politisches Delikt nennt und was im wesentlichen Hoch- und Landesverrat ist, im Abnehmen begriffen ist. Vielleicht gelangen wir doch in nicht allzuferner Zukunft dahin, daß mit dem Grundsätze der Nichtauslieferung politischer Verbrecher auch die an ihn sich knüpfenden Kontroversen schwinden!

¹⁾ Vgl. seine Note in der Revue de droit intern. XI. Eine ähnliche Fassung wie die der These XIV findet sich übrigens schon in dem Berichte der englischen Kommission von 1878. Reichmann (a. D.) formuliert: „die Handlungen seien nicht als politische Delikte zu betrachten, s'ils étaient illégitimes (criminels), même si le parti de celui, qui les a commis, était dans son droit.“

Ich halte es für überflüssig, auf weitere Details einzugehen und fasse meine Ansicht in folgenden Sätzen zusammen:

1. Einheitliche Grundsätze über die Gewährung der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen, insbesondere der Auslieferung flüchtiger Verbrecher, sind dringend wünschenswert.

2. Der sicherste Weg zur vollständigen Erreichung dieses Zieles ist der Abschluß eines Welt-Rechtshilfe-Vertrages; sollte dieser sich zur Zeit als unerreichbar darstellen, so ist die unverzügliche Erlassung eines deutschen Auslieferungsgesetzes notwendig.

3. Die Auslieferung ist ein Akt der internationalen Rechtshilfe und nicht der kosmopolitischen Rechtspflege; sie setzt daher einen Strafanspruch des requirierenden, nicht aber des requirierten Staates voraus. Entstehen und Bestehen des behaupteten Strafanspruches ist ausschließlich nach dem Rechte des requirierenden Staates zu beurteilen. Die Entscheidung über das Vorliegen der Voraussetzungen, von welchen die Bewilligung des Auslieferungsbegehrens abhängt, erfolgt durch die Gerichte des requirierten Staates.

4. Wegen politischer Verbrechen findet Auslieferung nicht statt. Die politischen Verbrechen sind in Gesetz oder Vertrag namentlich und unter Hinweis auf die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen aufzuzählen. Maßgebend für die Einreihung unter die politischen Verbrechen ist die politische Natur des durch die Handlung angegriffenen Rechtsgutes, nicht aber das Motiv des Thäters.

5. Der Grundsatz der Nichtauslieferung politischer Verbrecher findet keine Anwendung auf den Fall der unternommenen vorsätzlichen Tötung des Staatsoberhauptes.

6. Hat der Verfolgte durch mehrere selbständige Handlungen mehrere Verbrechen begangen, von welchen einige als politische, andere als gemeine Verbrechen erscheinen, so findet die Auslieferung wegen der gemeinen Verbrechen statt; Untersuchung und Aburteilung hat sich dann auf diese zu beschränken.

7. Trägt eine und dieselbe Handlung sowohl den Charakter eines gemeinen als auch den eines politischen Deliktes, so findet Auslieferung nicht statt.

8. Hat der Verbrecher mehrere Verbrechen begangen, welche als eine aus mehreren Akten zusammengesetzte Gesamthandlung sich darstellen, so ist diese nach ihrem überwiegenden Charakter entweder als politisches oder als gemeines Delikt zu betrachten und zu behandeln.

3. Internationaler Schutz internationaler Rechtsgüter.

Wir gelangen zur letzten Frage. Für den Theoretiker, vielleicht auch für den Diplomaten, ist sie die interessanteste. Aber die Schwierigkeiten, welche ihre Lösung bietet, lassen die Hoffnung auf allgemeine Verständigung als eine ganz geringe erscheinen. Für mich handelt es sich an diesem Orte nur darum, den Weg anzudeuten, auf welchem mir die Verständigung als möglich erscheint.

I. Gibt es internationale Rechtsgüter?

Wir können auf doppelte Weise uns den Begriff konstruieren.

1. Insofern der Staat, sei es als Gesamtheit, sei es in seinen einzelnen Bürgern, als Träger der verschiedenen Rechtsgüter erscheint, können und müssen wir diese als nationale bezeichnen. Auch dadurch, daß diese Rechtsgüter in den verschiedenen Staaten in gleicher Weise sich wiederfinden, hören sie nicht auf nationale Rechtsgüter zu sein, werden sie nicht etwa zu internationalen. Die Integrität des Staatsgebietes z. B. ist ein französisches, deutsches, englisches u. s. w., also ein nationales, nicht aber ein internationales Rechtsgut. Wenn zwei Nachbarn von demselben Baumeister zwei bis zu den geringfügigsten Einzelheiten übereinstimmende Häuser sich bauen lassen, so ist jeder von ihnen für sich Alleineigentümer seines Hauses; die Gleichheit der Häuser ändert daran nicht das geringste. Von internationalen Rechtsgütern können wir nur dann sprechen, wenn nicht der einzelne Staat, sondern die Gesamtheit der Staaten Träger des Rechtsgutes ist. Es muß aber als äußerst zweifelhaft bezeichnet werden, ob es derartige Rechtsgüter überhaupt gibt.¹⁾ Ich selbst

¹⁾ Interessante Ausführungen (welchen ich allerdings nicht beistimmen kann) bei Wahlberg in der oben S. 66 Note 1 angeführten Schrift.

habe die Frage bejaht; ¹⁾ und würde die Integrität des Münzverkehrs, die internationalen Wasserstraßen und submarinen Kabel u. a. hieher rechnen; ich wage es aber nicht, diese Ansicht zur Grundlage weiterer Auseinandersetzungen zu machen.

2. Dagegen dürfte eine andere Konstruktion größere Aussicht auf allgemeine Billigung haben. Durch internationale Angriffe kann eine internationale Solidarität der nationalen Interessen entstehen, und durch diese das an sich nationale Rechtsgut zu einem internationalen — wenigstens in einem gewissen Sinne — werden. „Aux maux internationaux, il faut des remèdes internationaux“, sagt Bluntschli.²⁾ Die Angriffe der Seeräuber wie die der Anarchisten in ihren verschiedenen Schattierungen liefern ausreichende Beispiele. Es genügt hier, das Prinzip aufzustellen; seine Anwendung überschreitet die dem Kriminalisten gezogenen fachlichen Schranken.

II. Internationale Vereinbarungen.

Soweit durch die in den verschiedenen Staaten bestehenden Bestimmungen für strafrechtlichen Schutz der nationalen Rechtsgüter (in der zweiten weiteren Bedeutung des Wortes) gegen internationale Angriffe in genügender Weise Sorge getroffen ist, sind besondere internationale Vereinbarungen (also abgesehen von Rechtshilfeverträgen) durchaus überflüssig. Sie werden aber notwendig, sobald es an strafrechtlichem Schutz in einzelnen Staaten gänzlich fehlt oder derselbe als ungenügend erscheint. Dabei darf nicht übersehen werden, daß eine gewisse Übereinstimmung sowohl in der Begriffsbestimmung der strafbaren Handlungen als auch in den Strafdrohungen notwendig ist, wenn den überall sich gleichenden Angriffen mit überall gleicher Energie entgegengetreten werden soll.

Durch solche Vereinbarungen wird an der Strafberechtigung des einzelnen Staates nichts geändert; ebensowenig an der Rechtshilfepflicht der übrigen. Derjenige Staat, auf dessen Gebiet die strafbare Handlung begangen worden, ist nächster Träger des Strafanspruchs; die anderen Staaten sind ihm zur Gewährung der Rechtshilfe, beziehungsweise der Auslieferung, unter denselben Voraussetzungen

¹⁾ Mein Reichsstrafrecht S. 52.

²⁾ In seinem Gutachten an das Institut de droit intern. vom 25. Juli 1880. (Vgl. Revue de droit int. XIII S. 74.) Ein ganz übereinstimmender Gedanke in meinem Reichsstrafr. S. 52.

verpflichtet wie in anderen Fällen. Kollisionen der Strafanprüche aber werden durch die Überschreitung des Territorialprinzipes unvermeidlich, und sind nach den uns bekannten Grundsätzen zu entscheiden. Zu einer „Weltrechtspflege“ gelangen wir auch auf diesem Wege nicht.

III. Der Antrag Windthorst.

Meine Stellung zu dem Antrage Windthorst u. Genossen ergibt sich nach dem Gesagten von selbst. Der Antrag, bezw. der beinahe einstimmig dem Antrage entsprechende Beschluß des Reichstages, geht bekanntlich dahin:

Den Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Vereinbarung mit den Regierungen anderer Staaten hinzuwirken, wodurch jeder dieser Vereinbarung beitretende Staat sich verpflichtet,

- a) den Mord oder Versuch des Mordes, welche an dem Oberhaupte eines der Vertragsstaaten verübt worden sind;
- b) die zwischen mehreren getroffene Verabredung des unter a bezeichneten Verbrechens, auch wenn es zu dem Beginne dieses Verbrechens nicht gekommen ist;
- c) die öffentliche Aufforderung zu dem unter a bezeichneten Verbrechen sowohl gegen seine eigenen Angehörigen, als auch gegen die in seinem Gebiete sich aufhaltenden Fremden mit Strafe zu bedrohen;
- d) einen in seinem Gebiete sich aufhaltenden Ausländer, welcher das unter a bezeichnete Verbrechen begangen hat, auf Ansuchen der Regierung des Staates, in welchem das Verbrechen verübt worden, an letztere auszuliefern.

Ich möchte zunächst die in lit. d enthaltene Forderung einer Revision der bestehenden und der Abschließung neuer Auslieferungsverträge durchaus sondern von den übrigen. Die Revision ist dringend nötig, aber nicht bloß in diesem einen Punkte. Und durch eine partielle Reform gefährden wir geradezu die totale: die Verhandlungen, welche jede derartige Reform voraussetzt, sind nicht so einfacher Natur, daß unsere Diplomatie, hat sie einmal einen teilweisen Erfolg errungen, sie leichten Herzens wieder von vorne beginnen dürfte. Zudem setzt der Antrag die ausschließliche Herrschaft des Territorialprinzipes voraus, während doch, wie wir wissen, die meisten modernen Gesetzgebungen weit über dasselbe hinausgehen; eine Revision mit Zugrundelegung des Antrages wäre demnach ohne Bruch mit dem geltenden Rechte gar nicht durchführbar.

Im übrigen bin ich sachlich durchaus einverstanden. Aber einerseits geht mir die Detaillierung zu weit, andererseits halte ich die Selbstbeschränkung auf den Königsmord für unzweckmäßig. Ich fasse demnach die einzige von mir aufzustellende These dahin:

Soweit durch internationale Angriffe auf gewisse Rechtsgüter das Bedürfnis einer internationalen Abwehr erzeugt wird, sind internationale Vereinbarungen über gleichmäßigen strafrechtlichen Schutz dieser Rechtsgüter wünschenswert.

A n h a n g.

Die Oxforder Beschlüsse des Instituts für Völkerrecht.

1.

Die Auslieferung ist ein internationaler Rechtsakt, der der Gerechtigkeit und dem Staatsinteresse entspricht. Sein Zweck ist wirksame Verhinderung oder Befrafung der Verbrechen.

2.

Sicher und regelmäßig kann die Auslieferung nur dann gehandhabt werden, wenn Staatsverträge bestehen. Es ist wünschenswert, daß deren Zahl sich immer mehr und mehr steigere.

3.

Dennoch sind es keineswegs Vertragsabschlüsse allein, wodurch die Rechtmäßigkeit der Auslieferung begründet wird. Die Auslieferung darf auch in Ermangelung jeder vertragsmäßigen Verpflichtung bewerkstelligt werden.

4.

Es ist wünschenswert, daß in jedem Lande das Auslieferungsverfahren durch Gesetz geordnet werde. Das gleiche gilt von den Bedingungen, unter denen die als Missethäter in Anspruch genommenen Personen solchen Regierungen ausgeliefert werden sollen, mit denen ein Staatsvertrag nicht abgeschlossen wurde.

8.

Die Bedingung der Gegenseitigkeit (*réciprocité*) kann dabei durch politische Interessen empfehlenswert werden, bildet aber keine Forderung der Gerechtigkeit.

9.

Unter Staaten, deren Strafgesetzgebungen auf übereinstimmenden Grundlagen beruhen, und die ein wechselseitiges Vertrauen in ihre Gerichtseinrichtungen setzen dürfen, wäre die Auslieferung der eigenen Staatsangehörigen ein Mittel, um eine gute Justizverwaltung zu sichern, zumal man es als wünschenswert betrachten muß, daß soweit als möglich, die Gerichtsbarkeit im *forum delicti commissi*, zur Aburteilung berufen werden sollte.

10.

Wo man bei der gegenwärtigen Praxis der Nichtauslieferung der eigenen Unterthanen stehen bleibt, sollte man wenigstens diejenigen Staatsbürgerrechte

nicht berücksichtigen, die erst nach Begehung derjenigen Missethat erworben wurden, wegen welcher die Auslieferung verlangt wurde.

8.

Die Berechtigung des um Auslieferung ersuchenden Staates muß nach dessen eigner Gesetzgebung bemessen werden. Dieselbe darf aber nicht in Widerspruch stehen mit der Gesetzgebung des ersuchten Zufluchtsstaates.

9.

Liegen mehrere Auslieferungsgesuche wegen eines und desselben Verbrechens vor, so gebührt der Vorrang demjenigen Staate, in dessen Gebiet die Missethat verübt wurde.

10.

Wenn dasselbe Individuum durch mehrere Staaten wegen verschiedener Verbrechen in Anspruch genommen wird, so hat der um Auslieferung ersuchte Staat seine Entscheidung unter Berücksichtigung der größeren oder geringeren Schwere jener Verbrechen zu treffen. Ergeben sich bezüglich der Schwere Zweifel, so ist der zeitlich früher gestellte Auslieferungsantrag bevorrechtet.

11.

Als Regel ist zu fordern, daß die der Auslieferung zu unterwerfenden Straffälle nach der Gesetzgebung der beiden in Betracht kommenden Länder für strafbar erklärt sind; ausgenommen davon sind solche Fälle, wo wegen besonderer Staatseinrichtungen, oder wegen der geographischen Lage eines Landes der in Betracht kommende Thatbestand nicht entstehen könnte.

12.

Da die Auslieferung immer eine tief einschneidende Maßregel ist, setzt sie regelmäßig Vergehen von einer gewissen Erheblichkeit voraus, die in den Auslieferungsverträgen genau aufgezählt werden müssen. Die darauf bezüglichen Bestimmungen werden natürlich von der besondern Lage der in Betracht kommenden vertragschließenden Staaten beeinflusst.

13.

Wegen politischer Verbrechen findet keine Auslieferung statt.

14.

Der um Auslieferung ersuchte Staat prüft selbständig nach den vorliegenden Umständen, ob der dem Auslieferungsgesuch zu Grunde liegende Thatbestand einen politischen Charakter an sich trägt oder nicht. Bei dieser Prüfung hat er sich von folgenden Gesichtspunkten leiten zu lassen:

- a. Die Thatbestände, in denen die Merkmale eines gemeinen Verbrechens gegeben sind (Mord, Brandstiftung, Diebstahl), dürfen der Auslieferung nicht deswegen entzogen werden, weil deren Urheber politische Zwecke im Auge hatten.
- b. Bei der Erwägung derjenigen Thatfachen, die im Laufe einer Insurrektion oder eines schweren Bürgerkrieges begangen wurden, muß man als Richtschnur die Frage nehmen, ob dieselben durch den Kriegsgebrauch entschuldigt werden konnten.

15.

Lebensfalls darf die Auslieferung wegen einer That, die gleichzeitig als gemeines und als politisches Verbrechen anzusehen ist, nur dann gewährt werden,

wenn der ersuchte Staat die Zusicherung erhält, daß der Ausgelieferte nicht durch ein Ausnahmegesetz abgeurteilt werden wird.

16.

Die Auslieferung bezieht sich nicht auf Desertion der zur Landarmee oder Kriegsflotte gehörigen Soldaten oder auf rein militärische Vergehen. Diese Regel steht aber der Auslieferung von Matrosen der Staats- oder Handelsmarine nicht im Wege.

17.

Auslieferungsgesetze oder Auslieferungsverträge dürfen auf solche Handlungen angewendet werden, die begangen wurden, ehe dieselben in Kraft traten.

18.

Die Auslieferung findet auf diplomatischem Wege statt.

19.

Wünschenswert ist, daß in dem Zufluchtsstaate die Gerichtsbehörde berufen werde, nach stattgehabtem kontradiktorischem Verfahren über das Auslieferungsgesuch zu entscheiden.

20.

Der um Auslieferung ersuchte Staat darf die Auslieferung nicht gewähren, wenn in Gemäßheit seines Staatsrechts der Richter entschieden hat, daß dem Auslieferungsgesuche nicht stattgegeben werden darf.

21.

Die Prüfung des Auslieferungsgesuchs hat sich auf die allgemeinen Bedingungen der Auslieferung und die tatsächliche Begründung der Anklage zu erstrecken.

22.

Die Regierung, welche wegen einer bestimmten Missethat die Auslieferung gewährt erhielt, ist in Ermangelung entgegenstehender Verbindungen von Rechtswegen verpflichtet, den Ausgelieferten nur wegen dieser That ausschließlich abzuurteilen zu lassen.

23.

Die Regierung, welche eine Auslieferung zugestand, kann nachträglich darin willigen, daß der Ausgelieferte auch noch wegen anderer Verbrechen, als wegen welcher er ausgeliefert wurde, abgeurteilt werde, wofern diese anderen Verbrechen eine Auslieferung begründen konnten.

24.

Die Regierung, die infolge einer stattgehabten Auslieferung ein Individuum in ihre Gewalt brachte, kann dasselbe ohne Genehmigung des ausliefernden Staates nicht einer anderen Regierung überweisen.

25.

Die vom Richter ausgegangene Beurkundung, wodurch die Auslieferung für zulässig erklärt wird, muß die Umstände feststellen, unter denen die Auslieferung vor sich gehen soll, ingleichen die Thatfache, wegen welcher die Auslieferung gewährt wird.

26.

Dem Ausgelieferten sollte es nicht versagt sein, die Regelwidrigkeit derjenigen Umstände, unter denen seine Auslieferung erfolgte, als prozeßhindernde Einrede vor dem in der Sache selbst endgültig erkennenden Gerichtshofe vorzubringen.